SIP KÄRNTEN

2. SIP 2024/25

24. März 2025

01. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

Antragsteller:in:
Sarah Beihammer, BG/BRG Mössinger, 1. Stellvertreterin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle folgende Punkte in die Geschäftsordnung aufnehmen:

- Möglichkeit Anträge (sowohl Haupt-, als auch Erweiterungsanträge) in Slowenisch vorzutragen, mit beistehender deutscher Übersetzung
- Zweisprachige Protokollführung in Deutsch und Slowenisch
- Nutzung der slowenischen Sprache bei Debatten und Wortmeldungen

Begründung:

Der zweisprachige Ursprung Kärntens in slowenischer und deutscher Sprache zu erhalten. Es ist ein bedeutender Bestandteil Kärntens kultureller Identität. Die slowenische Sprache ist nicht nur ein Erbe der Kärntner Volksgruppe, sondern auch ein anerkanntes Minderheitensprachrecht, wie es in der österreichischen Rechtsvorschrift unter Artikel 7 „Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheit“ festgelegt ist.

Dennoch steht die Nutzung der slowenischen Sprache, Kärntens anerkannte zweite Amtssprache, im Diskurs. Der Landtag und abgewandelt das Schüler:innenparlament sind dabei keine Ausnahme.

Als Vertreter:innen der Jugend und Verantwortliche für die Zukunft des österreichischen Staates liegt es an uns, die Mehrsprachigkeit und Diversität zu fördern, essentielle und prägende Kultur zu erhalten und aktiv zu leben. Die Sichtbarkeit und gleichwertige Nutzung der slowenischen Sprache in offiziellen Gremien stärkt nicht nur die Identität der slowenischsprachigen Minderheit, sondern auch das demokratische Prinzip der Gleichberechtigung aller Sprachen und Kulturen in unserem Bundesland. Kärnten hat die Verpflichtung die Zweisprachigkeit auszuleben, um den Kärntnerslowenen ihre Freiheit zu garantieren und um das Aufleben von ausschließendem Gedankengut zu verhindern.

Slowenisch ist als Kärntens zweite Amtssprache eingetragen, allerdings sichtlich nicht in der Gesetztesgebung ausgelebt. Um der Jahrhunderte andauernden Marginalisierung von Kärnter-Slowenen entgegenzuwirken und Minderheitenrechte tatsächlich umzusetzen, liegt es an uns, der jungen Generation, Vielfalt und Gleichberechtigung anzustreben. Mit dieser Initiative soll ein Schritt Richtung Aufarbeitung der Diskriminierung und Herabsetzung der slownischsprachichen Bevölkerung geleistet werden.

Die Durchsetzung erfolgt durch Übersetzer:innen wie Student:innen, Mitglieder:innen der Kärtner-Slowenischen-Bevölkerung, KI oder Dollmetscher:innen, welche über die GO genauso informiert sind, wie die Vorsitzenden. An der Umsetzung wird es somit sichtlich nicht mangeln, sondern am Widerstand gegen Diversität. Man strebe eine Zukunft an, in welcher kulturelle Vielfalt, Mehrsprachigkeit und besonders

Gleichberechtigung eine Selbstverständlichkeit ist, keine Ausnahme!

02. Schule muss schmecken

Antragsteller:in:
Martin Knafl, HTL Villach, 1. Stellvertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Evaluierung der Essenssituation an allen Kärntner Schulen, um sicherzustellen, dass gesunde, abwechslungsreiche und erschwingliche Mahlzeiten für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen.
- Einführung und Umsetzung einheitlicher Standards für die Schulverpflegung in Kärnten, um die Qualität der Mahlzeiten landesweit zu vereinheitlichen.
- Sicherstellung eines gesunden und warmen Mittagessensangebots für alle Schülerinnen und Schüler, die regelmäßig Ganztagesunterricht haben.
- Leistbares und faires Preisangebot für gesunde Mahlzeiten, um allen Schülerinnen und Schülern Zugang zu ermöglichen.
- Unterstützung für Schulen, die derzeit keine ausreichende Verpflegung anbieten (können).
- *Mehr Regionalität in der Cafeteria*
- *Spezielles Augenmerk auf regionale und biologische Produkte*
- *Einrichtung eines Feedbacksystems für Schulverpflegung*
- *Gesunde Angebote auch nach Unterrichtsende schaffen*

Begründung:

Konzentration braucht Energie – und Energie kommt nun mal von guter Ernährung. Jeder kennt nach einer langen Unterrichtsstunde die Vorfreude auf das Mittagessen oder eine Jause. Doch für viele von uns, vor allem diejenigen, die teils bis zu zehn Stunden am Tag in der Schule verbringen, stellt sich dann mittags die Frage: Was gibt es zu essen?

Die Essenssituation an den Kärntner Schulen ist leider nach wie vor sehr unterschiedlich. Während einige von uns in modernen Schulcafeterien mit einer breiten Auswahl an Mahlzeiten verwöhnt werden, müssen sich andere mit weniger ansprechenden Angeboten begnügen.

Die Qualität und Zugänglichkeit von warmem Essen dürfen nicht von Faktoren wie Schulgröße oder baulichem Zustand abhängen – alle Schülerinnen und Schüler sollen ein vollwertiges Mittagessen erhalten, nicht nur einen Snack. Wenn man jeden Tag nur eine aufgewärmte Leberkäsesemmel isst, dann wirkt sich das negativ auf die Motivation im Unterricht aus. Eine gesunde, warme und vor allem abwechslungsreiche Mittagsverpflegung ist eine absolute Voraussetzung dafür, dass wir längere Schultage bewältigen können.

Es ist an der Zeit, die Schulverpflegung in Kärnten auf einheitliche Standards zu heben. Es kann nicht sein, dass an der einen Schule das Mittagessen hervorragend ist, während an einer anderen selbst die Grundvoraussetzungen nicht erfüllt werden. Wir brauchen eine gerechte, landesweite Lösung, die allen Schülerinnen und Schülern zugutekommt – und das zu fairen Preisen. Es darf nicht sein, dass sich einige von uns das Mittagessen nicht leisten können und sich mit weniger gesunden Alternativen abfinden müssen.

Ich fordere daher, dass die Essenssituation an allen Kärntner Schulen, mit Fokus auf jene, die regelmäßig Ganztagesunterricht haben, evaluiert wird, um sicherzustellen, dass gesunde, abwechslungsreiche und erschwingliche Mahlzeiten für uns Schüler zur Verfügung stehen. Schule muss schmecken – und das für alle gleich.

03. Gesund essen, fair zahlen – Schulessen für alle!

Antragsteller:in:
Emily Braunsberger, HLW Caritas, Schulsprecherin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Kooperationen mit regionalen Betrieben oder bestehenden Einrichtungen wie Mensen, Gasthäusern oder Kantinen, um Schüler:innen kostengünstige Mahlzeiten anzubieten.
- Einrichtung oder Verbesserung von Schulbuffets mit gesunden, warmen und preiswerten Speisen.
- Finanzielle Unterstützung für Schulen, die aktuell keine Verpflegungsmöglichkeiten haben, um langfristige Lösungen zu schaffen.
- *Förderung von Ernährungskompetenz durch Schulprojekte*
- *Wahl für Schüler:innen um z.B. das Restaurant für die Kantine auszuwählen*

Begründung:

An vielen Schulen in Kärnten gibt es keine Möglichkeit, sich direkt vor Ort ein warmes Essen oder gesunde Snacks zu besorgen. Schüler:innen sind oft gezwungen, auf Tankstellen oder weit entfernte Bäckereien auszuweichen - dort sind die Preise hoch und die Auswahl meist ungesund.

Ich kann für meine Schule sprechen, die HLW Caritas, wo wir nicht einmal Snackautomaten haben.

Gerade für lange Schultage ist eine gute Verpflegung essenziell, um konzentriert zu bleiben und im Unterricht mitarbeiten zu können. Essen in der Schule sollte keine Herausforderung sein - deshalb braucht es dringend bessere Angebote, damit jeder Schüler:in eine faire und leistbare Möglichkeit hat, sich zu stärken.
Das Land Kärnten soll gemeinsam mit der Bildungsdirektion sicherstellen, dass alle Schulen eine leistbare und zugängliche Möglichkeit zur Verpflegung bieten.

04. Finanzbildung, Ziel erreicht?

Antragsteller:in:
Michael Fugger, HAK Feldkirchen, 1. Stellvertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Aufrechterhaltung des Drucks auf die Politik, um unsere Forderungen tatsächlich in die Tat umzusetzen
- Aufklärung der Schülervertreter: innen über die Befugnisse des SGAs *anhand eines Leitfadens der Bildungsdirektion*
- *Auf der LSV-Website sollen weiters alle positiv abgestimmten SiP-Anträge veröffentlicht werden*
- *Einführung einer Projekt-Ampel der LSV-Kärnten auf der LSV-Website*

Begründung:

Jahrelang haben wir gefordert und Druck auf die Politik ausgeübt – nun werden tatsächlich einige unserer Forderungen umgesetzt. Im neuen Regierungsprogramm findet sich auch ein Abschnitt zum Thema Finanz- & Wirtschaftsbildung.

Ich zitiere aus dem Regierungsprogramm:
„Umfassende Finanzbildung und Stärkung der Financial Literacy, insbesondere in den Bereichen Haushaltsbudget, Sparen, Versicherungen, Veranlagungsinstrumente, Berücksichtigung von Konsumentenschutzaspekten, Überschuldungsprävention für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen in zielgruppenspezifischer Kommunikation; Bündelung der bestehenden Initiativen.“

Das klingt doch gar nicht so schlecht! Viele dieser Punkte sind Forderungen, die wir schon lange gestellt haben. Dass Finanzbildung endlich als wichtiges Thema anerkannt wird, ist ein großer Erfolg. Doch wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass diese Pläne auch tatsächlich umgesetzt werden – oder dass sie so umgesetzt werden, wie wir es uns wünschen. Ein Eintrag im Regierungsprogramm allein reicht nicht aus.

Jetzt liegt es an uns, weiter genau hinzuschauen. Wir müssen kritisch hinterfragen, wie die Maßnahmen konkret ausgestaltet werden, ob sie wirklich einen Unterschied machen und ob sie alle relevanten Zielgruppen erreichen. Finanzbildung darf nicht nur ein Schlagwort sein – sie muss praxisnah, verständlich und lebensnah vermittelt werden.

Deshalb gilt weiterhin: Wir müssen dranbleiben! Wir werden der Politik auf die Finger schauen, den Druck aufrechterhalten und laut werden, wenn wir mit der Umsetzung nicht zufrieden sind. Unsere Aufgabe ist es, klar zu benennen, was gut läuft und wo es noch Nachbesserungsbedarf gibt. Denn nur wenn wir uns weiter aktiv einbringen, können wir sicherstellen, dass Finanzbildung nicht nur ein Versprechen bleibt, sondern echte Verbesserungen für alle bringt.

Des Weiteren möchte ich noch darauf hinweisen, dass auch, als Schülervertreter: innen, wir im SGA, nach §64 SchUG (Schulunterrichtsgesetz), auch direkt in der Schule mitbestimmen können.
§64 (2) Neben den auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen übertragenen Entscheidungsbefugnissen obliegt dem Schulgemeinschaftsausschuss:

1. Die Entscheidung über

j) die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen (§ 6 Abs. 1b und 3 des Schulorganisationsgesetzes)

Ich bitte Euch, als Schülervertreter: innen, im nächsten SGA einen Antrag einzubringen und mehr Finanzbildung für die Schüler:innen Kärntens zu fordern.

05. Mentale Gesundheit geht uns alle an!

Antragsteller:in:
Kevin Stefan Kreuzwirt, BORG Althofen, aktiver AHS-Landesschülervertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- **Aufklärung und Enttabuisierung**
  - Einführung von regelmäßigen Workshops und Projekttagen zur mentalen Gesundheit.
  - Schulinterne Sensibilisierungskampagnen zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen.
- **Mehr Unterstützung für Schüler**
  - Ausbau von Schulpsycholog*en und Vertrauenslehrer*.
  - Niedrigschwellige Beratungsangebote und anonyme Anlaufstellen.
  - Verpflichtende Weiterbildungen für Lehrkräfte
- **Integration in den Unterricht**
  - Psychische Gesundheit als Thema in den Lehrplänen von Biologie, Ethik und Psychologie verankern.
  - Praktische Strategien zur Stressbewältigung und Achtsamkeit im Schulalltag vermitteln.
- **Wohlfühlräume und Pausengestaltung**
  - Einrichtung von Ruheräumen für überforderte Schüler.
  - Anpassung des Stundenplans, um Pausen effektiver zur Erholung zu nutzen.
- *Erhöhung der wöchentlichen/täglichen Anwesenheitszeiten der Psychologischen Betreuung*
- *Vorstellrunde des schulpsychologischen Personals am Anfang des Schuljahres*
- *Mentale Beschwerden für das Fernbleiben des Unterrichtes als Entschuldigungsgrund*

Begründung:

Mentale Gesundheit beeinflusst die schulische Leistung und das Wohlbefinden von Schülern. Trotzdem bleibt das Thema oft tabuisiert, und viele Betroffene erhalten keine ausreichende Unterstützung. Stress, Leistungsdruck und psychische Belastungen nehmen zu, während schulische Hilfsangebote oft fehlen oder überlastet sind.

Durch Aufklärung, bessere Unterstützungssysteme und eine stärkere Integration in den Schulalltag können wir ein Umfeld schaffen, in dem Schüler sich verstanden und unterstützt fühlen. Mentale Gesundheit betrifft uns alle – deshalb muss sie an Schulen zur Priorität werden.

06. Künstliche Intelligenz – unsere Zukunft beginnt JETZT!

Antragsteller:in:
Nicolas Polesnig, Stiftsgymnasium St. Paul im Lavanttal, 2. Stellvertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Ein Workshop pro Semester zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) ab Sekundarstufe I für das Schuljahr 2025/26
- Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer
- *Einrichtung eines schulinternen KI-Kompetenzteam*
- *Anmerkung von KI-Nutzung bei Hausaufgaben etc.*
- *Anerkennung von KI als Unterrichtsutensil*
- *Klare Regeln und Richtlinien für KI-Nutzung um Unterricht und für andere schulische Aktivitäten*
- *Prävention von missbräuchlicher KI-Nutzung*
- *Veranstaltung von KI-Wettbewerben*
- *Eine ausreichende Aufklärung in der Schule über die Entstehung von Fake News, deren Gefahren und Cyber-Mobbing. Ebenso soll behandelt werden, dass ChatGPT und andere Künstliche Intelligenzen nicht immer korrekt in ihrer Quellenangabe arbeiten*

Begründung:

KI wird immer relevanter und beeinflusst unser tägliches Leben zunehmend. Egal ob in der Industrie, im Gesundheitswesen, in modernen Automobilsystemen, der Medizin oder in vielen weiteren Bereichen – wir stehen mitten in einem technologischen Wandel. Daher ist es notwendig, dass wir Schülerinnen und Schüler uns intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen.

Unternehmen wie OpenAI bieten bereits zahlreiche KI-Tools an, die den Alltag von uns deutlich erleichtern und verbessern können. Doch diese Möglichkeiten zeigen nur dann einen echten Nutzen, wenn wir wissen, welche Tools es gibt und wie wir sie sicher und effizient anwenden können.

Eine sinnvolle Lösung, um sich dieses Wissen anzueignen, wäre die Einführung von regelmäßigen Workshops: für das Schuljahr 2025/26 sollen Schülerinnen und Schüler praxisnah an das Thema KI herangeführt werden. Dabei soll nicht nur erklärt werden, welche aktuellen Entwicklungen es in den letzten Monaten gegeben hat, sondern auch, wie KI verantwortungsvoll, kritisch und sinnvoll genutzt werden kann.

Ebenso sollen Lehrerinnen und Lehrer Gelegenheiten auf gezielte Weiterbildungen bekommen, um KI-Kompetenzen zu erwerben und diese auch gezielt im Unterricht einsetzen zu können.

Die Workshops sollen sowohl theoretische als auch praktische Inhalte vermitteln. Im theoretischen Teil soll es um die Funktionsweise von KI gehen – also wie KI eigentlich „denkt, lernt und handelt“. Außerdem sollen die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten gezeigt werden. Wichtig ist aber auch, auf mögliche Gefahren aufmerksam zu machen, wie etwa die Verbreitung von Falschinformationen durch KI oder Probleme im Bereich des Datenschutzes.

Im praktischen Teil sollen die Schülerinnen und Schüler selbst Aufgaben lösen und mit KI-Tools arbeiten können, um den Umgang damit aktiv zu üben.
Ziel ist es, die digitalen und technischen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu stärken und sie gezielt auf die Arbeitswelt von morgen und auf digitale Berufe vorzubereiten.

Die Finanzierung soll über das Land Kärnten erfolgen, ergänzt durch Fördermittel aus Programmen wie dem Digital Europe Programme und anderen Fördermitteln.

Zusätzlich sollen Partnerschaften mit der Universität Klagenfurt sowie mit Unternehmen und Fachleuten aus der KI-Branche aufgebaut werden, um den Schülerinnen und Schülern Zugang zu echten Expertinnen und Experten und zu aktuellen Entwicklungen aus der Praxis zu ermöglichen.

07. Unwissen kostet, und zwar dich!

Antragsteller:in:
Jonas Huber, BRG Feldkirchen, aktiver AHS-Landesschülervertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Mehr politische Bildung- In der Unterstufe soll politische Bildung stärker im Fach „Geschichte & Politische Bildung“ integriert und auch wirklich gelehrt werden.
- In der Oberstufe soll jede Schule „Politische Bildung“ als Wahlpflicht- oder Freifach anbieten.
- Vor Wahlen sollen alle Parteien neutral vorgestellt werden, um Schüler:innen eine faktenbasierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Bestenfalls zur Sicherstellung der Objektivität von zwei verschiedenen Lehrkräften.
- Verpflichtende Workshops zur sicheren Nutzung digitaler Medien und sozialer Netzwerke stattfinden.
- Schüler:innen sollen die Möglichkeit bekommen, Medienhäuser wie ORF oder Zeitungsredaktionen zu besuchen, um Einblicke in seriösen Journalismus zu erhalten.
- Es sollen Workshops für die Kinder und Informationsveranstaltungen für die Eltern stattfinden, die über Chancen und Risiken digitaler Medien und der bewussten Handynutzung aufklären.
- *Die Verpflichtung von Seminaren, die sich auf die anstehende/n Wahl/en fokussieren, für alle Schüler:innen – auch Wiederwähler:innen – dir für die stattfindende Wahl wahlberechtigt sind, anzubieten. (Themen: Wen, wie und warum wähle ich?)*
- *Seminare zum Thema Wahlrecht, „Was ist Demokratie?“, „Unsere/Meine Rolle in der Demokratie.“ und Parteien für interessierte Schüler:innen ab 15 Jahren*
- *In das im Regierungsprogramm festgelegte Schulfach Demokratiebildung sollen Schüler:innen in die Ausarbeitung des Lehrplans von diesem eingebaut werden*
- *Eine verpflichtende Auseinandersetzung mit Extremismus (v.a. islamistischen) im Geschichts- und Politischen-Bildungs-Unterricht*
- *Aufklärung über die Gefahren radikaler Ideologien, insbesondere im digitalen Raum*
- *Strikte Leitlinien für einen politisch neutralen Unterricht – frei von ideologischer Einflussnahme, aber mit klarer demokratischer Haltung gegen Extremismus. Der momentane Leitfaden/Verordnung des BMBWF dazu ist zu unklar formuliert. Dem Lehrer wird hier zu viel Spielraum für seine politisch eigenen Ideologien gelassen, die er in den Unterricht mit einstreuen kann.*
- *Einen verpflichtenden Besuch im Kärntner Landtag während einer Landtagssitzung*
- *Die Schule oder Bildungseinrichtung sollte verpflichtet werden, eine Information mit Wahlprogrammen vor einer bevorstehenden Wahl auszuschicken (via Teams, E-Mail oder mündlich in der Schule)*
- *Die Schule sollte wichtige politische Ereignisse erwähnen, um das Interesse und Wissen über Politik zu stärken*
- *Alle, bei der anstehenden Wahl teilnehmenden Parteien, sollten die Möglichkeit haben, an Diskussionsrunden an allen Kärntner Schulen teilzunehmen*

- *Politische Bildung durch Gamification zu fördern*
- *Aufklärungsrunden zu Propaganda, extremistischen/Rassistischen Begriffen*
- *Eigene Stunden für Debatten zum Austausch (Fakten und Erfahrungsbasiert)*
- *Klare Differenzierung zwischen Religion, Staat und Individuum*
- *Klare Thematisierung von Migration und fehlender Integration der Gesellschaft*

Begründung:

Viele Jugendliche wissen nicht genau, welche Rechte sie haben, wie Politik funktioniert oder wie sie echte Nachrichten von Fake News unterscheiden können. Gleichzeitig verbringen wir immer mehr Zeit mit dem Handy – oft, ohne uns bewusst zu sein, welchen Einfluss das auf uns hat.

Wer sich nicht auskennt, kann leichter manipuliert werden – sei es durch irreführende Nachrichten, politische Einflussnahme oder unkontrollierte Handynutzung. Deshalb müssen wir schon in der Schule lernen, kritisch zu denken, politische Zusammenhänge zu verstehen und Medien verantwortungsbewusst zu nutzen.

Politische Bildung und Medienkunde sind die Schwerpunkte der aktuellen Schwierigkeiten die uns, als auch die kommende Generation noch enorm prägen werden. Dafür müssen wir gewappnet sein.

08. Aus Liebe zur Wahrheit...

Antragsteller:in:
Michael Griesser, HTL Lastenstraße, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Die Vertretung der Schüler:innen soll um eine weitere Partizipationsinstanz erweitert werden. Konkret soll eine Veranstaltung im World-Café-Format ins Leben gerufen werden, bei dem Schüler:innenvertreter:innen, Entscheidungsträger:innen und Expert:innen zusammenkommen.
- Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: Lernen für das Leben
- Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: Demokratische Schulkultur
- Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: Umgang mit technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen
- Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: Unterricht der Zukunft
- Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: Klimawandel
- *Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: kritischer Umgang mit sozialen Medien und Nachrichten*
- *Ein Ziel des ersten World-Cafés soll sein: Aufklärung über etwaige Kooperationen und Partnerschaften, die Veranstaltungen und nachhaltige Vertretungsarbeit ermöglichen*

Begründung:

Servus! Wenn du dir überraschenderweise die Zeit nimmst, diesen Antrag tatsächlich zu lesen, dann soll es sich auch lohnen - also hier ein paar spannende Insights zum Hintergrund meiner Idee:

In der österreichischen Jugendvertretung gibt es verschiedene Konzepte der Jugendbeteiligung. Besonders prägend sind dabei zum einen parlamentarische Formate, wie jenes, in dem über diesen Antrag abgestimmt wird, und zum anderen Austausch- und Dialogveranstaltungen, bei denen World-Café-Formate besonders beliebt sind.

World Cafés funktionieren so: Menschen sitzen an verschiedenen Tischen zu bestimmten Schwerpunktthemen zusammen, entwickeln gemeinsam Lösungsansätze und erarbeiten konkrete To-Do-Listen mit ersten Umsetzungsschritten. So entstehen nicht nur Ideen, sondern auch Klarheit darüber, wie diese Ideen umgesetzt werden können. Eigentlich easy, nicht?

Natürlich gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, welche Methode die "beste" ist. Fakt ist: Die Kombination macht's! Und genau darum geht es in diesem Antrag. Parlamentarische Formate sind wichtig, stoßen aber leider oft an Grenzen, gerade wenn es um schnelles Feedback von Entscheidungsträgern oder eine gemeinsame Vision und dazugehörige Projekte geht. Zusätzlich fehlt oft eine Erklärung von Zuständigkeiten von Bund und Ländern. Ein Tischgespräch im World-Café-Format kann solche Hürden oft leichter überwinden - und vor allem in konkrete Lösungsschritte gießen. Denn am Ende des Tages will ich – und ich hoffe auch du nicht nur reden, sondern etwas bewegen.

Das Ganze funktioniert nicht nur in der Theorie – es hat sich auch in der Praxis bewährt. In Kärnten gab es schon einmal ein ähnliches Format - vielleicht in einer etwas anderen Form, aber mit einer ähnlichen Grundidee. Leider ist diese Idee im Laufe der Zeit etwas eingeschlafen, aber wir können sie gemeinsam in unserem Sinne wiederbeleben. Denn eines ist so fix wie filmreife Außenadersetzungen bei einem Direktwahlantrag:

„Beim Reden kommen die Leit' zam!"
(beim Lesen manchmal auch - wenn man bis zum Ende durchhält 😉)

09. Hinschauen statt Wegsehen

Antragsteller:in:
Nina Struger, Peraugymnasium, Schulsprecherin, AHS-Landesschulsprecherin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Jede Schule soll mindestens eine speziell ausgebildete Vertrauenslehrkraft benennen und anonym erreichbare Beschwerdehotlines einrichten.
- Ab der Sekundarstufe I soll jede Schule einen niedrigschwelligen Zugang zu schulpsychologischen Beratungsangeboten gewährleisten, bei Bedarf in enger Kooperation mit externen Beratungsstellen.
- In jeder weiterführenden Schule sollen Schüler:innen-Engagement-Teams etabliert werden, die aktiv an der Gestaltung und Evaluation von Gewaltpräventionsmaßnahmen mitwirken und in den Schulentwicklungsprozess integriert sind.
- Alle Lehrkräfte und Mitarbeitenden aller Schulstufen (Grundschule, Sekundarstufe I und II) sollen jährlich verpflichtende Fortbildungen zu Gewaltprävention, Konfliktbewältigung und Zivilcourage absolvieren.
- Ein regelmäßiges 360-Grad-Feedback-System soll eingeführt werden, um umfassend Rückmeldungen von Schüler:innen, Lehrkräften und Eltern zu erhalten.
- Jede Schule muss ein Sensibilisierungsprogramm etablieren, das Vielfalt fördert und Diskriminierung in jeglicher Form aktiv entgegenwirkt.
- *Antirassismus, Feminismus und Antifaschismus müssen in den Lehrplan integriert werden*
- *Einrichtung einer digitalen Plattform, auf der Schüler:innen anonym Vorfälle melden und Unterstützung erhalten können, um auch im Online-Bereich schnell und unbürokratisch Hilfe zu finden*
- *Schulen sollen mit externen Partnern (Vereinen, Institutionen, …) zusammenarbeiten, um Workshops und Kurse anzubieten. Damit soll einerseits eine zweite Meinung eingeholt werden, andererseits sollen Schüler:innen auch für Situationen außerhalb der Schule vorbereitet werden*
- *Eine verpflichtende Anti-Mobbing- und Anti-Gewaltworkshops für alle Neuklassen einer weiterführenden Schule*
- *Angebot von Mediatorenausbildungen in der Sekundarstufe II, im Sinne des Mottos: Schüler helfen Schüler*
- *In diesem Rahmen der Fortbildung zu Teambuilding und Mediation, um Mobbing zu verhindern geleitet von Experten und Lehren*
- *Schüler:innen sollen sich auch zu diesen jährlichen Fortbildungen beteiligen dürfen, um ein gewisses „Know-How“ zu erlernen*
- *Angebot von elementaren Selbstverteidigungskursen an Schulen*
- *Alle Lehrer:innen, die bei Mobbing oder Gewalt in jeglicher Form wegschauen, sollen Konsequenzen tragen*

- *Gespräche zwischen Lehrpersonen und Schulleitung über die Ereignisse des Feedbacks und Fortbildungen bei auffällig negativem Feedback nach Vorbild des IQA-Gesetzes (rechtliche Grundlage für IQS-Gesetzes (rechtliche Grundlage für Qualitätssicherung des Schulwesens)*

Begründung:

An unseren Schulen zeigt sich immer wieder, dass Gewalt nicht immer laut und dramatisch auftritt – sie schleicht sich oft leise in den Alltag ein. Ein scharfes Wort, ein flüchtiger, herablassender Blick oder ein kurzer Stoß können unterschwellige Schäden hinterlassen, die weit über sichtbare Spuren hinausgehen
Schulen sollten Orte des Lernens sein, nicht des Leidens. Hier sollte Wissen wachsen, nicht Angst. Hier sollten Freundschaften entstehen, nicht Feindseligkeit. Doch solange Gewalt zum Schulalltag gehört, solange Schüler:innen Angst haben, sich zu wehren, solange Taten hingenommen oder gar ignoriert werden, ist dieses Ideal in Gefahr.
Wegsehen macht uns zu Teil des Problems. Schweigen gibt der Gewalt Raum. Jede:r, der oder die nicht handelt, lässt es zu, dass Angst lauter wird als Gerechtigkeit. Doch Schule darf kein Ort sein, an dem sich jemand unsicher fühlt – nicht auf dem Schulhof, nicht im Klassenzimmer, nicht online.

10. Wissen rettet Leben

Antragsteller:in:
Emma Raunegger, BG/BRG St. Veit an der Glan, 1. Stellvertreterin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Einführung eines jährlichen vierstündigen Erste-Hilfe-Auffrischungskurses für alle Klassen der Oberstufe *und Unterstufe*, dessen Zeitpunkt flexibel von der Schule festgelegt werden kann.
- *Am Ende der neunten Schulstufe soll ein 16-Stündiger Erste-Hilfe-Kurs veranstaltet werden*
- *Workshops zum Animieren der Schülerinnen und Schüler, wirklich Hilfe zu leisten, um in Situationen richtig handeln zu können*
- *Workshop/Kurs zum Thema Brandschutz und/oder Lehrausgang zu einer Feuerwehr*
- *Erste-Hilfe-Kurs in Verbindung mit dem Führerschein Erste-Hilfe-Kurs*
- *Weiblich gelesene Trainingspuppen bei den Reanimationsübungen im Erste-Hilfe-Kurs*
- *Angebot von psychischer Erste-Hilfe einmal pro Schuljahr*
- *Eine verpflichtende, regelmäßige anwesende Schulärzt:in in jeder Schule*
- *Kostenlose Gesundheitschecks und Impfprogramme für Schüler:innen*
- *Schulgesundheitsprogramme, die auf Prävention und nicht nur auf Notfälle fokusieren*
- *Workshops zu Möglichkeiten des Zivildienstes bei der Rettung und anderen Institutionen, sowie Bekanntgabe von Kontakten, um sich darüber zu informieren*
- *Informationen zu hilfeleistenden Ausbildungen/Kursen ab der Sekundarstufe II*

Begründung:

Stellen wir uns vor, ein geliebter Mensch erleidet einen Herzstillstand. Die ersten Minuten entscheiden über Leben und Tod. Mit dem richtigen Wissen könnten wir in dieser Situation zum Lebensretter oder zur Lebensretterin werden. In Österreich erleiden jährlich etwa 12.000 Menschen einen plötzlichen Herztod. Das bedeutet, dass durchschnittlich 33 Personen täglich unerwartet aus dem Leben gerissen werden.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind für 38% aller Todesfälle in Österreich verantwortlich und stellen damit die häufigste Todesursache dar.
Besonders alarmierend ist, dass viele dieser Todesfälle durch sofortige Erste-Hilfe-Maßnahmen verhindert werden könnten. Studien zeigen, dass die Überlebenschance bei einem Herzstillstand um bis zu 70% steigt, wenn sofort mit Wiederbelebungsmaßnahmen begonnen wird.

Durch die Einführung des jährlichen Erste-Hilfe-Auffrischungskurses geben wir jedem die Möglichkeit, im Ernstfall richtig zu handeln und vielleicht ein Leben zu retten. Trotz dieser alarmierenden Zahlen fühlen sich viele Menschen unsicher, wenn es darum geht, Erste Hilfe zu leisten. Diese Unsicherheit resultiert

oft aus fehlendem oder veraltetem Wissen. Obwohl in der Schule Erste-Hilfe-Kurse angeboten werden, fehlt es häufig an regelmäßigen Auffrischungen, die notwendig sind, um im Ernstfall sicher handeln zu können.

Es liegt in unserer Verantwortung, uns und unsere Mitschüler:innen auf solche Notfälle vorzubereiten. Aber wie soll das nun umgesetzt werden?
Einerseits durch Integration in den Schulalltag: Erste-Hilfe kann flexibel durch Projekttage oder Gesundheitstage eingebunden werden. Ebenso durch Kooperation mit Fachorganisationen:Das Österreichische Jugendrotkreuz kann qualifizierte Trainer:innen stellen. Auch Praxisnaher Unterricht wäre möglich: Realistische Übungen erhöhen die Handlungssicherheit der Schülerinnen. Und sind wir mal ehrlich- Vier Stunden sind kaum der Rede wert bei all den Stunden, die wir im Schuljahr absolvieren – vor allem, wenn in den meisten Schulen kurz vor den Ferien ohnehin nur noch Zeit mit Spielen oder Filme schauen totgeschlagen wird, bis die Glocke endlich läutet.